

## SCHULGESETZNOVELLE

# Durchgepaukt

VON GUNARS REICHENBACHS, BÜRO HANNOVER

**M**ehrheit ist Mehrheit: Dieses eisernen Prinzip gilt seit der Einführung der Demokratie in der Antike. Das mag nicht jedem passen. Aber so sind die Spielregeln im Parlament. Auch im niedersächsischen Landtag. Dass die rot-grüne Koalition ihre umstrittene Novelle zum Schulgesetz jetzt nur knapp durchsetzte, ist legitim. Daran gibt es nichts zu rütteln. Aber dieses Schulgesetz spaltet das Land. Das macht der erbitterte Widerstand der Opposition deutlich – stellvertretend für Hunderttausende Bürger, die als Eltern, Schüler oder Lehrkräfte in den vergangenen Monaten mit Demonstrationen, Blittbriefen, Petitionen und Protesten ihrem Ärger Luft machten. Vergeblich. SPD und Grüne haben das Schulgesetz durchgepaukt.

Eine Zäsur. Nicht wegen der Rückkehr zum alten Abitur nach 13 Schuljahren. Dieser Schritt findet eine breite Mehrheit in der Bevölkerung. Das „Turbo-Abi“ der schwarz-gelben Vorgängerregierung sorgte nur für Stress. Auch dass Ganztagschulen in Zukunft gestärkt, die Schul-

laufbahn-Empfehlung ganz in die Hände der Eltern gelegt und das Inklusionstempo gedrosselt wird, trifft sicher weitgehend auf den Beifall der Beteiligten.

Der Streit entzündet sich an der künftig überragenden Stellung von Gesamtschulen. Diese können nach dem Willen von SPD und Grüne alle anderen Schulformen ersetzen – auch Gymnasien. Dass CDU und FDP die Vision einer Einheitsschule in Niedersachsen beschwören, wundert also nicht. Die so beliebten Gymnasien werden unter Druck geraten. Dazu braucht es keine Prophetie. Spätestens wenn Schulträger sich aus finanziellen Gründen für ein eingeschränktes Angebot entscheiden müssen, besitzen Gymnasien gegenüber Gesamtschulen die schlechteren Karten. Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) mag es noch so abstreiten: Das ist gewollt.

Ob die rot-grüne Rechnung aufgeht? An den Gymnasien gärt es sowieso wegen der verordneten Mehrarbeit für Lehrer und dem gebrochenen Versprechen, Ältere in den letzten Jahren zu entlasten. Die Folge: Boykott von Schulfahrten. Und jetzt das Schulgesetz. Lehrer sind Wähler. Auch bei der kommenden Landtagswahl. Und dort gilt ebenfalls: Mehrheit ist Mehrheit.

Grant Hendrik Tonne, MdL

Pressedokumentation

Nordwest Zeitung

04.06.2015

